



Für
Menschenrechte
gegen
Extremismus



DEUTSCH-RUSSISCHER AUSTAUSCH E.V. НЕМЕЦКО-РУССКИЙ ОБМЕН



Blickpunkt Demokratie und Extremismus
Newsletter Osteuropa
November|2008

Inhalt	Seite
Die Miliz als ein weiteres russisches Übel (Igor Awerkijew)	1
Russlands Regionen: Die Tätigkeit rechtsradikaler Organisationen	3
Rachimow-Clan wiegelt Neofaschisten auf	5
Israelisches Gericht verurteilt eingebürgerte russische Jugendliche mit rechtsradikalem Hintergrund	7
Impressum	7

Igor Awerkijew: Die Miliz als ein weiteres russisches Übel

Bemerkungen über die Kriminalität der russischen Rechtsschutzorgane

Fast niemand zweifelt daran, dass unsere Rechtsschutzorgane ohne die solidarische Unterstützung der Bevölkerung auch nur einen kleinen Erfolg im Kampf mit dem Verbrechen haben. Auch die Rechtshüter selbst zweifeln nicht daran, die Tag für Tag die Bürger zur Mitarbeit aufrufen, indem sie plumpe PR-Kampagnen über ihren Häuptern ausschütten mit dem Slogan „Der Abschnittsbevollmächtigte – das ist Mitarbeit“. Ich weiß auch nicht, was mehr Anteil an diesem öffentlichen Bestreben der Rechtshüter für das Vertrauen des Volks hat: Bürokratische Mode, Naivität von geistig unterforderten Männern, die stumpfe Erfüllung von politischen Anweisungen oder der ehrliche Wunsch eines müden Kriegers, sich endlich mit dem kalten Korpus der entfremdeten, aber dennoch verwandten Bevölkerung zu vereinen. Offenkundig ist nur eines: In ihrem heutigen Wesen sind die Rechtsschutzorgane, und in erster Linie die Miliz, einfach zur Ablehnung durch das Volk, zu allen Formen der Gehässigkeit, verurteilt. Diesen für das Land beschwerlichen Zustand kann nur eine Revolution verändern, eine Revolution der Miliz, eine Revolution als ein harter kompromissloser Bruch, ein quälender, aber lebensbejahender Übergang der gesamten russischen Rechtsschutzcivilisation. Wie man diesen Prozess in Gang setzen kann, weiß ich auch nicht. Aber irgendjemand wird ihn auf jeden Fall in Gang setzen. Es ist unmöglich, dass ein genesendes Land mit solch einem Defekt im Immunsystem lebt. Entweder gewinnt der Defekt, oder das Land. Das Elend in unserem Rechtssystem liegt darin, dass die Menschen, die in Russland für die Sicherheit der Gesellschaft verantwortlich sind, mit ihrem eigenen Lebenswandel das Verbrechen bewirken oder provozieren. Ich leugne nicht die Tatsache, dass die Miliz, die Staatsanwaltschaft und andere gegen das Verbrechen kämpfen. Natürlich kämpfen sie: viel, laut, oftmals erfolgreich. Aber gleichzeitig schaffen sie sich auch die eigene Arbeit. Mit der rechten Hand setzen sie die Verbrecher ins Gefängnis, mit der linken erschaffen sie neue Bösewichter.

Deshalb werde ich darüber sprechen, was man den „kriminogenen Faktor der Rechtsschutzorgane“ nennen kann, über die Besonderheiten des russischen Rechtsschutzsystems, welches durch sich selbst das kriminelle Verhalten der Bevölkerung stimuliert und die allgemeine Missachtung des Gesetzes.

Kriminelle bauen auf das fehlende Vertrauens in die Miliz

Das fehlende Vertrauen der Russen in die Miliz wurde von allen bewiesen, die sich diesen Beweis zur Aufgabe gemacht haben. Unzählige soziologische Umfragen haben diese Offensichtlichkeit praktisch offiziell gemacht. Das Problem als solches ist auf allen Ebenen anerkannt. Aber die Rechtsschutzorgane selbst betrachten das fehlende Vertrauen der Bevölkerung zu ihnen als einen Faktor, der die Aufklärungsrate reduziert (wenn sie uns nicht vertrauen, dann melden sie uns keine Verbrechen, helfen nicht bei der Aufklärung usw.). Das ist richtig, aber auch nur die berühmte Spitze des Eisbergs. Das mangelnde Vertrauen der Bevölkerung in die Miliz bringt selbst auch Verbrechen hervor. Das Misstrauen in die Miliz und demnach auch die Miliz selbst sind ein kriminogener Faktor.

Dieser Faktor ist in erster Linie für die häusliche Gewalt und das Verbrechen auf der Straße bedeutend, für alle Arten von Rowdytum, kleinere Diebstähle, Betrügereien usw. Viele derartige Verbrechen werden auch gerade deshalb begangen, weil die Verbrecher wissen: Das Opfer wird sich höchstwahrscheinlich nicht an die Miliz wenden. Vereinfacht ausgedrückt, kann man sagen: Der russische Durchschnittsrowdy, der kleine Dieb, der Betrüger, der „häusliche Schläger“, sie alle begehen ihre Verbrechen, indem sie, bewusst oder unbewusst, mit dem Schweigen ihrer Opfer rechnen. Die russischen Opfer dieser Art von Verbrechen (geprügelte Ehefrauen, jugendliche Opfer, ältere Menschen als Opfer von Betrügern und andere) glauben nicht an den Schutz durch die Miliz, sie haben Angst davor, dass sie dadurch, dass sie sich an die Miliz wenden, neue Unannehmlichkeiten provozieren oder sie wollen zumindest keine Erniedrigung durchleben oder den zermürbenden bürokratischen Schlendrian durchlaufen. Allgemein gesagt – dank unserer Miliz, d.h. dank des Misstrauens ihr gegenüber, ist es für Verbrecher in Russland ungefährlicher als in vielen anderen Ländern der Welt, zu Hause Kinder, Frauen und Alte zu schlagen, Mobiltelefone zu klauen und gutgläubige Rentner zu betrügen.

Natürlich begehen nicht alle kleinen Rowdys und Diebe ihr Verbrechen, indem sie bewusst den „Faktor des fehlenden Vertrauens“ berücksichtigen. Aber sie leben in, sind Teil dieser allgemeinen Atmosphäre des Misstrauens gegenüber den uniformierten Mitbürgern, und unbewusst verhalten sie sich entsprechend der herrschenden gesellschaftlichen Stimmung. Die potenziellen Verbrecher spüren instinktiv ihre Straffreiheit, die sich auf das Misstrauen der Bürger zu den Rechtsschützern stützt. Das fehlende Vertrauen in die Miliz erweckt in den kleinen Verbrechern die Hoffnung und sogar die Gewissheit auf Straffreiheit.

Im Großen und Ganzen, objektiv gesehen, ist unseren Rechtsschützern das Misstrauen der Bevölkerung nützlich. Stellen Sie sich vor, wenn sich heute Morgen alle Frauen an die Polizei gewendet hätten, die am Abend vorher oder in der Nacht von ihren Männern oder Liebhabern verprügelt worden sind. Wenn sie vom rechtzeitigen und taktischen Schutz der Miliz überzeugt wären. Und wenn sich jeden Tag absolut alle an die Miliz wenden – alle Gaffer, Jugendliche, Alten, Besitzer von gestohlenen Telefonen, d.h. nicht jeder Fünfte, wie heute, sondern alle? Ich bin davon überzeugt, dass dieser plötzlich erwachte Glauben der Bevölkerung an den Schutz der Miliz deren Arbeit auf der Stelle und für immer durcheinanderbringen würde. Kurz, es ergibt sich, je weniger der Miliz vertraut wird, desto weniger Sorgen hat diese.

Der Milizionär ist für das Land ein Fremder. Ein Fremder für die meisten. Man hat das Gefühl, dass der anständige Bürger den Milizionär mehr fürchtet als den Verbrecher (und um einiges mehr, als die Verbrecher selbst). Das hat natürlich etwas Irrationales, Manisches, etwas von einer Panik. Ich wollte nicht der Grund dieser Panik sein, aber der Miliz ist das völlig gleichgültig. Aber was heißt hier die Miliz, auch vielen Vertretern der Staatsanwaltschaft, der Gerichte und anderer Rechtsschutzorgane machen keinen Hehl aus ihrer Verachtung gegenüber ihren zivilen Mitbürgern. Aufschneiderei und Hochmut – das ist ein Erkennungsmerkmal vieler Gesetzesdiener. Sie dienen nicht uns, sondern wir hindern sie daran zu leben und zu arbeiten. Nicht wir sind ihre Kunden, sondern die Verbrecher. Naiv, wie sie sind, verstehen sie nicht das Wichtigste: Ihr beruflicher Erfolg und ihre Ruhe begründen sich nicht in der wundersamen Senkung der Verbrechensrate, sondern in der Ruhe und dem Vertrauen der Menschen zu ihnen. Die Miliz ist gut, wenn die Bürger überzeugt sind, dass sie gut ist. Das sind keine Scherze und keine politischen Spielchen – mit PR-Kampagnen führt man hier niemand hinters Licht.

In der Miliz, bei der Staatsanwaltschaft, an den Gerichten, sogar bei der Verkehrspolizei arbeiten genügend ausgezeichnete professionelle und anständige Leute, aber leider bestimmen nicht sie die Situation.

Quelle: Permer Bürgerkammer Igor Awerkijew 2008

Russlands Regionen: Die Tätigkeit rechtsradikaler Organisationen



Wir geben einen kurzen Überblick über die Aktivitäten rechtsradikaler Organisationen in einigen Regionen Russlands im ersten Halbjahr 2008. Diese Zusammenstellung wurde von G. Koschewnikowa (Zentrum „Sova“) unter Mitwirkung von A. Koslow (Moskauer Helsinki-Gruppe, „Grosa“) nach Materialien eines Monitorings vorbereitet, welches im Rahmen des Projektes der Moskauer Helsinki Gruppe „Unterstützung multifunktionaler Bürgerrechtszentren in den russischen Regionen“ durchgeführt wurde (Kampagne gegen Xenophobie, Diskriminierung und Hass). Nicht berücksichtigt wurde in der Übersicht die Tätigkeit lokaler Nazi-Skinhead-Gruppen. Fünf Regionen werden in der Übersicht betrachtet: Die Gebiete Wolgograd, Woronesh und Samara, die Region Stawropol und die Republik Burjatien.

WOLGOGRAD

Besonders aktiv unter den rechtsradikalen Organisationen war im Jahr 2008 die Wolgograder Abteilung der Bewegung gegen illegale Immigration (DPNI Wolgograd). Die wichtigsten Aktivitäten in der Öffentlichkeit waren Zusammenkünfte und Kundgebungen im Rahmen von gesamtrossischen Aktionen der DPNI (im Jahr 2008 fanden Zusammenkünfte am 1. März und 16. Mai statt). Die beunruhigendste Aktion der DPNI ist die Erstellung einer Karte „Okkupation der Heldenstadt Wolgograd durch Migranten“, auf der die Ansiedlung von Vertretern nationaler Gruppen nach Stadtbezirken angegeben ist. Aktiv beteiligt an der Tätigkeit der lokalen DPNI ist der 2007 aus der Haft entlassene und in der Region bekannte Rechtsradikale Igor Mogilew.

WORONESH

Es existieren heute mehrere rechtsradikale Organisationen in Woronesh, deren Mitgliederbestand sich oftmals überschneidet.

Die Woronesher Abteilung der DPNI (DPNI Woronesh). Die Zahl der Aktiven schwankt zwischen 60 (eigene Angaben) und 15-20 (Experteneinschätzung). Nach der Spaltung der Hauptorganisation der DPNI im Mai 2008 hat sich die Woronesher Abteilung ebenfalls in zwei Gruppen geteilt. Die Gruppe Below-Basmanow führt Oleg Wiktorowitsch Tschernjawschij an (er ist auch Leiter der lokalen Abteilung der Russischen National-Bolschewistischen Front (RNBF); auf den Foren rechtsradikaler Organisationen tritt er unter dem Pseudonym „GOT“ auf). Der Anführer der DPNI-Gruppe, Dmitrij Subow ist Leiter der Regionalabteilung „Format-18“, die unter dem Pseudonym Uragan Blog auftritt (vermutlich ist sein richtiger Name Artem Krasnoluzkij). Bis zur Spaltung war die Gruppe dadurch zu bemerken, dass sie regelmäßig etwa einmal pro Monat Zusammenkünfte organisierte. Auch ist in der Stadt eine große Anzahl von Graffiti der DPNI zu sehen. Die Besonderheit der DPNI Woronesh besteht darin, dass sich Mitglieder des Kommunistischen Jugendbundes (SKM) und der Kommunistischen Partei der Russischen Föderation (KPRF) daran beteiligen.

Die Nationalsozialistische Gesellschaft in Woronesh (NSO Woronesh). Sie umfasst ca. 20 Mitglieder. In Verbindung mit der Strafsache gegen Dmitrij Rumjancew (Anführer der Gesamtrussischen Organisation, der auf Anklage der Woronesher Staatsanwaltschaft wegen Schürens von Fremdenhass verurteilt wurde) nahmen deren Aktivitäten, einschließlich der öffentlichen, ab. Es gibt aber eine große Zahl von Graffiti der NSO in der Stadt.

Die Gruppe „Format-18 in Woronesh“ ist eine zahlenmäßig kleine, aber äußerst aggressive Gruppe neonazistischer Ausrichtung mit einem Anführer, der unter dem Pseudonym „Uragan Blog“ auftritt. Die Gruppe ist mit dem Teil der NSO verbunden, die nach der Spaltung im Herbst 2007 von Sergej „Maljuta“ Korotkich angeführt wird.

Die Woronesher Regionalabteilung der politischen Partei „Volksbund“ des Sergej Barburin. Vorsitzender ist Gennadij Sufjanowitsch Sejdalijew (ehemaliger Leiter der Regionalabteilung des Russischen Gesamtnationalen Bundes (RONS). Auf Antrag S. Barburins wurde ausgerechnet der RONS Woronesh 2003 zur Parteizelle des „Volkswillens“ (dann „Volksbund“). Auf Regionalebene ist die Woronesher Abteilung des „Volksbundes“ (NS) praktisch nicht sichtbar.

Die Woronesher Abteilung des Bundes des russischen Volkes (SRN) von Leonid Iwaschow ist zahlenmäßig unbedeutend. Sie tritt in der Stadt als Organisator von gesamtrossischen Veranstaltungen auf (insbesondere des „Russischen Marsches 2007“). Ein bezeichnender Zug war die Zusammenarbeit mit der NSO Dmitrij Rumjan-

zews. Der Anführer der Gruppe ist Aleksandr Wiktorowitsch Mosolow. Nach einigen Angaben hat sich die Gruppe im März 2008 gespalten.

Die Woronesher Abteilung der Partei zum Schutz der Russischen Verfassung (PZRK) „Rus“. Eine selbstständige Aktivität der Gruppe ist in Woronesh nicht zu bemerken. Aber ihr Anführer Wladimir Jurewitsch Menschich ist aktiv am Konflikt innerhalb der rechtsradikalen Kräfte beteiligt, der mit der Spaltung des DPNI verbunden ist (im Konflikt unterstützte er die DPNI Subows).

SAMARA

Die Samarar Abteilung der DPNI (DPNI Samara). Seit 2002 ist ihr Anführer Wiktor Walentinowitsch Gushow, der als Rechtsradikaler in der Stadt bekannt ist (er leitete die Regionalabteilung der Russischen Nationalen Einheit (RNE) und der Nationalen Volkspartei (NNP)). Die Leitung der regionalen DPNI vereinte er mit der Mitgliedschaft in der Partei „Wiedergeburt Russlands“ von Gennadij Selesnew. Es ist allerdings unklar, ob er zum gegenwärtigen Zeitpunkt Anführer der Organisation ist. Die Hauptaktivität der DPNI besteht heute im Verteilen von Infoblättern und Graffiti fremdenfeindlichen Inhalts.

Die Samarar Abteilung des Bundes des russischen Volkes (SRN) von Michail Nasarow. Vorsitzender ist Wadim Wiktorowitsch Worobjew. Er leitet auf der Basis der Samarar Abteilung den Wolgabezirk der SRN, eine interregionale Vereinigung, die 14 Wolgagebiete umfasst. Die Tätigkeit der Organisation besteht hauptsächlich in der Teilnahme an Maßnahmen, die die ganze Stadt umfassen, z.B. den „Tagen der slawischen Schriftsprache und Kultur“, in Zusammenkünften („Gebete im Stehen“), Treffen mit nationalistischer Ausrichtung („Über die Befreiung Russlands von Fremden und Andersgläubigen“), mit homophober Ausrichtung und im Vertrieb slawisch-nationalistischer Literatur. Die Zahl der Aktiven einzuschätzen ist sehr schwer; auf der Homepage der Organisation ist jedoch zu sehen, dass an den Aktionen nicht mehr als zehn Personen gleichzeitig teilnehmen.

2006 begannen Versuche, die *regionale Organisation der Russischen Nationalen Einheit (RNE)* wieder zu gründen. Initiator der Wiedergründung war Grigorij Moschkow, der die Samarar Abteilung der RNE noch bis zur Spaltung der gesamtrossischen Organisation anführte. Zum gegenwärtigen Zeitpunkt sind allerdings keine Aktivitäten der RNE in der Region festzustellen. Nach einigen Meldungen ist G. Moschkow derzeit beim Bund des russischen Volkes (SRN) von Leonid Iwaschow aktiv.

Auf dem Territorium des Gebiets Samara existierte bis zum Frühjahr 2008 auch eine *Abteilung der Russischen Gesellschaftlichen Bewegung (ROD, Anführer Konstantin Krylow)* – ROD-Togliatti in Gestalt der dortigen Journalistin Tatjana Gusajewa. ROD tat sich 2006 in Togliatti mit der Durchführung eines Meetings („Versammlung“) „Zur Unterstützung von Kondopoga“ hervor¹, 2007 mit der Verteilung von Infoblättern zur Unterstützung der Offiziere Chudjakow und Araktschejew, die des Mordes an friedlichen Einwohnern Tschetscheniens beschuldigt wurden. Wegen der Verteilung der Blätter wurde T. Gusaewa im April 2008 nach Art. 282 verurteilt.

Die Samarar Abteilung der Partei „Volksbund“. Vorsitzender ist Serkal Aleksandr Filippowitsch (Mitglied des Zentralen politischen Rates der Partei). Eine eigenständige Tätigkeit der Partei ist in der Region nicht zu sehen.

Die Samarar Abteilung „Großes Russland“. Die Abteilung formierte sich im Sommer 2007, wobei diese Gründung von einem Skandal begleitet wurde. Ursprünglich war Oleg Serow, der früher die Abteilung „Heimat“ in Nowokujbyschewsk² anführte, zum Koordinator der Organisation im Gebiet Samara ernannt worden. Bald wurde jedoch das Oberhaupt des Wolgabezirks Wjatscheslaw Michajlowitsch Brysgalow zum Vorsitzenden des Rates der Samarar Abteilung gewählt und zu seinem Stellvertreter der ehemalige Anführer der „Heimat“ im Gebiet Samara Wladimir Gennadewitsch Scherstnew. Eine eigenständige Tätigkeit der Partei ist in der Region nicht sichtbar.

STAWROPOL

In der Öffentlichkeit sind rechtsradikale Gruppen im Jahr 2008 in der Region kaum in Erscheinung getreten. Es besteht aber kein Zweifel über die Existenz folgender Organisationen in der Gegend:

Die „Union slawischer Gemeinschaften in Stawropol“ (SSOS), eine ultranationalistische neoheidnische Gruppierung, hat ihren Sitz in Stawropol, unterhält jedoch Ortsgruppen im gesamten Gebiet. Der Anführer der Organisation ist Wladimir Nesterow, die Gruppe unterhält enge Kontakte zur Gebietsadministration, an deren Veranstaltungen zu interethnischen Problemen Nesterow regelmäßig teilnimmt.

Einer der Anführer des patriotischen Klubs „Russische Recken“ (eingetragen seit 1996) ist Nikolaj Fjodorowitsch Shmajlo, Veteran der Kampfhandlungen in Afghanistan. Offiziell betreibt der Klub Kampfsportarten, inoffiziell aber propagiert er Ideen des russischen Nationalismus (als Informationspartner nennt der Klub die Moskauer ultrarechte „Russische Gesellschaft“).

¹ Kondopoga ist eine kleine Stadt in Karelien im Nordwesten Russlands, in der es im September 2006 nach dem Mord an drei Einheimischen, für den Tschetschenen verantwortlich gemacht wurden, zu rassistischen Unruhen kam. (A.d.Ü.)

² Stadt südwestlich von Samara an der Wolga. (A.d.Ü.)

Der Stawropoler Ortsverband der RONS (Allrussische Union) mit seinem Anführer Aleksandr Nikolajewitsch Tschernowolow konkurriert mit der SSOS um die rechtsradikale Jugend. Der Höhepunkt der Aktivitäten der Organisation fiel in die Stawropoler Ereignisse im Mai/Juni 2007. Seitdem steht sie unter strenger Beobachtung seitens der rechtsstaatlichen Organe.

REPUBLIK BURATIEN

Unter den nationalistischen Organisationen, die in der Republik aktiv sind, sind die Russische Gemeinschaft (gegründet 1996) und die Allburjatische Vereinigung der kulturellen Entwicklung zu nennen. Die Mitgliedszahlen der beiden Organisationen werden auf ca. 100 Personen geschätzt.

Die Organisation „Nüchternes Burjatien“ gilt als russisch-nationalistisch ideologisiert. An den Aktivitäten der Organisation nehmen auch Leute aus der orthodox-fundamentalistischen Riege teil, so wird auf diesen Veranstaltungen auch orthodox-nationalistische Literatur verteilt. Auf die Rechnung der Organisation gehen auch homophobe Treffen.

Des Weiteren erscheinen in der Republik die Zeitung „Russischer Osten“ und Graffitis von RONS, was auf Aktivitäten des Irkutsker Regionalverbandes von RONS und SRN (Union des russischen Volkes) (M. Nasarow) schließen lässt, deren Anführer der bekannte Irkutsker Rechtsradikale Aleksandr Turik ist.

Quelle: <http://sova-center.ru/> 11.09.2008

Rachimow-Clan wiegelt Neofaschisten auf



Zur selben Zeit, da der neue Präsident Russlands, Dmitrij Medwedjew, beginnt, den Staat zu reformieren, ihm wieder Gewicht in der internationalen Arena zu verschaffen, versucht die fünfte Kolonne im Land zu stören. Das bankrotte Regime von Murtas Rachimow will selbst aus den aktuellen Schwierigkeiten, die aus den Ereignissen im Kaukasus resultieren, für sich Profit schlagen. Die Rechnung ist denkbar einfach: In dieser schwierigen Zeit wird der Kreml empfänglicher sein für nationale und interethnische Belange.

Um seinen Forderungen noch stärker Ausdruck zu verleihen, wiegelt das Regime mit Drohbriefen seine „Radikalen“ auf. Der folgende Brief stammt von der baschkirischen Gesellschaft „Kuk bure“ (Graue Wölfe):

„Keine doppelten Standards der russischen Machthaber im Umgang mit dem baschkirischen Volk!

Diese Erklärung der baschkirischen Volksbewegung „Kuk Bure“, die die nationalen Interessen jener Baschkiren vertritt, die innerhalb der Territorien Baschkortostans und Russlands leben, richtet sich an die russischen Machthaber und Vertreter russischer und internationaler Massenmedien. Wir rufen dazu auf, unsere Erklärung ernst zu nehmen und unsere Forderungen zu erfüllen. Auf der Internetseite www.kuk-bure.ru finden sich Informationen über unsere Bewegung, deren Ziele und Aufgaben.



Die russischen Machthaber, die die Völker Südossetiens und Abchasiens unterstützen, die unter den Akten der georgischen Aggression leiden, ignorieren elementare Bedürfnisse des baschkirischen Volkes. Nach 450 Jahren,

in denen die Baschkiren nun schon vereint in einem Staat mit Moskau leben, sieht und hört man uns in der russischen Hauptstadt nicht mehr. Die Föderation ist nicht am Schicksal der „gezähmten“ Baschkiren interessiert, denen, so ihre Annahme, gar keine andere Wahl bleibt.

Der Kreml erlaubt den Baschkiren nicht, in vollem Maße ihre Sprache als Amtssprache der Republik Baschkortostan zu entwickeln. Indem es die regionale Komponente aus den Lehrplänen streicht, zeigt Moskau, dass es die Baschkiren in eine Masse ohne Sippen und ohne Stämme verwandeln will.

Wir haben an die ersten Männer des Staates eine Resolution gerichtet, die sich gegen die Abschaffung der regionalen Komponente wendet und durch die Ergebnisse einer Umfrage zum Schutz der baschkirischen Sprache gestützt wird, die am 22. Mai von unserer Bewegung durchgeführt wurde. In dieser Resolution ertönt unser Schmerzensschrei über die Zukunft der baschkirischen Sprache, die baschkirische Kultur, das baschkirische Volk. Man hat uns nicht erhört. Stattdessen hat man beschlossen, uns in eine stumme Herde ohne eigene Sprache, Kultur und Nationalbewusstsein zu verwandeln, dem man aus dem Kreml leicht mittels Fernsehen eine Gehirnwäsche verpassen kann. Unser Antrag landete direkt im Papierkorb und als Antwort erhielten wir lediglich eine Abfuhr. Die Präsidialadministration leitete unsere Resolution an den Regierungsapparat weiter, und dieser wiederum an das Ministerium für Bildung und Wissenschaft, das uns dann mit einem nichtssagenden, formellen Brief abtat. Jetzt ist uns klar, dass die russische Regierung sich nicht für das baschkirische Volk interessiert, sondern sich voll und ganz damit beschäftigt, die kaukasischen Völker zu manipulieren. Wie dem Antwortschreiben entnommen werden kann, ist das föderale Zentrum bereit, viele Worte zu verschwenden, Berge von Papier zu verbrauchen und Versuche zu starten, unsere Organisation umzustimmen, nur um die für die regionalen Sprachen tödliche Politik weiterführen zu können. Vor lauter Angst vor dem föderalen Zentrum schweigt auch das Bildungsministerium Baschkortostans. Unsere Anfrage zur Anzahl der Schulen mit baschkirischer Unterrichtssprache blieb unbeantwortet. Man kann allerdings von einer deutlich reduzierten Anzahl solcher Schulen ausgehen, da mit dem neuen Schuljahr ein neues Finanzierungssystem eingeführt wurde, das sich nach der Anzahl der Schüler richtet. Als Folge wird das mit Mühe wiederaufgebaute Potenzial verlorengelassen.

Das Credo unserer Organisation lautet, sich von denen, die unsere Freiheiten rauben wollen, nicht unterkriegen zu lassen. Unsere Organisation wehrt sich vehement gegen die Versuche des Staates, die Rechte der Baschkiren zu unterdrücken. Wir werden nicht schweigen, wenn vor unseren Augen die Kultur eines ganzen Volkes untergeht. Der Verlust unserer Sprache ist der erste Schritt auf diesem Weg.

Wir werden jeden anprangern, der versucht, uns zu betrügen und der uns von unserem vermeintlichen Unrecht überzeugen will. Wir fordern die Erfüllung der Resolution des Weltkongresses (Kurultaj) der Baschkiren. Diese sind lebensnotwendig für unser Volk. Wir verurteilen die Verantwortlichen, die die Entscheidungen des Weltkongresses sabotiert haben.



Unserer Meinung nach ist es äußerst ungerecht und unehrlich, dass die föderale Regierung, die jährlich 80 Prozent des nationalen Reichtums abzieht, die Baschkiren selbst ignoriert, indem sie den wichtigsten nationalen und kulturellen Bedürfnissen des baschkirischen Volkes nicht nachkommt. Das kommt einer imperialistischen Politik gleich. Es ist an der Zeit, jeden föderalen Beamten zu fragen, was er für das baschkirische Volk getan hat. Verantworten müssen sich insbesondere die baschkirischen Beamten, die sich den Vorgesetzten nicht widersetzt haben und damit ihr eigenes Volk zu Grunde richten, Andenken der Vorfahren mit Füßen treten und das Vermächtnis der Vorfahren verschmähen. Zudem sollten verantwortungsvolle Posten in einer solchen Region nicht von Leuten besetzt sein, die von der Geschichte, Kultur, Sprache und Traditionen Baschkortostans nicht die geringste Ahnung haben. Wir wenden uns gegen die Verstärkung föderaler Beamtenstrukturen bei gleichzeitiger Einschränkung der Vollmachten von Baschkortostan selbst. Wir sind gegen eine Politik, die es zum Ziel hat, die Reichtümer unserer Natur und der baschkirischen Unternehmen abzuziehen. Ein Beispiel, welchen „Nutzen“ uns die Übernahme von Staatsmonopolen bringt, liegt auf der Hand: Top-Manager des früheren „Salawatnefteorgsintes“, das heute zu Gazprom gehört, verdienen eine Million Rubel im Monat, während ein einfacher Arbeiter nur 7.000 – 8.000 Rubel verdient. Eine schändliche Diskrepanz! Allen anderen bleibt nur noch die verschmutzte Erde, Luft und Wasser. Die Baschkiren haben nur den einen Grund und Boden, auf den nun auch Gauner aus dem föderalen Zentrum Anspruch erheben. Wir treten Baschkortostan nicht an Fremde ab! Die Auslöschung der baschkirischen Sprache durch die Abschaffung einer regionalen Ausrichtung

der Bildungspolitik muss gestoppt werden! Die Voraussetzungen für das Selbstbestimmungsrecht des baschkirischen Volkes müssen gesichert werden.

Der Vorsitzende von „Kuk Bure“ A.S. Salmanow

Der Vorsitzende von „Kuk Bure“ T.G. Muchtarow

Quelle: ufagub.com 05.09.2008

Israelisches Gericht verurteilt eingebürgerte russische Jugendliche mit rechtsradikalem Hintergrund



Das Kreisgericht Tel-Aviv hat vier rechtsradikale Minderjährige schuldig gesprochen.

Der 20-jährige Alex Flich und seine drei minderjährigen Freunde aus der Siedlung Karney Schomron wurden wegen krimineller Tätigkeit, Gewalt und Verbreitung von Fremdenhass verurteilt.

Ein bis zum Ende der Gerichtsverhandlungen unter Hausarrest gestellter Jugendlicher und Anhänger der Idee vom „reinen Blut“, der ebenfalls zu der Gruppe gehörte, wurde wieder auf freien Fuß gesetzt.

Die vier Beschuldigten haben sich mit der Anklage darauf geeinigt, ihre Schuld an Überfällen, rassistischen Beleidigungen und der Verbreitung von rassistischem Material zuzugeben dafür erhalten sie im Gegenzug kürzere Freiheitsstrafen, die sich auf 6-15 Monate belaufen. Ursprünglich war Anklage wegen Fremdenhass erhoben worden.

Wie der Anklageschrift zu entnehmen war, wollten die Mitglieder der Gruppe Hitlers Geburtstag an der Holocaust-Gedenkstätte Yad-Vashem feiern.

Quelle: <http://www.mignews.com/04.10.2008>

Impressum

Übersetzung: Alice von Butler, Sabine Erdmann-Kutnevic, Holger Löbell, Anja Schmidt

Zusammenstellung: Ewgenija Hartleben

ZDK Gesellschaft Demokratische Kultur gGmbH

Mühlenstr.47

13187 Berlin

Telefon: 030 / 912079-3

Telefax: 030 / 912079-45

E-Mail: info@zentrum-demokratische-kultur.de

Internet: www.zentrum-demokratische-kultur.de

gemeinsam mit

Deutsch-Russischer Austausch e. V.

Badstr. 44

D-13357 Berlin

Telefon: 030 / 44 66 80-0

Telefax: 030 / 44 66 80-10

E-Mail: info@austausch.org

Internet: www.austausch.org

